

938 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und wirtschaft-
liche Integration

über den Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1973 betreffend
ein Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung
und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von
Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen samt Vor-
behalt der Republik Österreich

Das vorliegende Abkommen enthält neben dem Verbot der Ent-
wicklung und Herstellung bakteriologischer Waffen erstmals auch
Bestimmungen über die Vernichtung bereits existierender Waffen.
Es ist damit nicht nur ein Instrument der Rüstungsbeschränkung und
Rüstungskontrolle, sondern stellt eine echte Abrüstungsmaßnahme
dar. Der österreichische Vorbehalt ist durch den Status der immer-
währenden Neutralität bedingt.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des vorliegenden
Übereinkommens die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes im
Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes
in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und wirtschaftliche
Integration hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom
27. März 1973 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen,
dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für auswärtige
Angelegenheiten und wirtschaftliche Integration somit den Antrag,
der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 21. März 1973, be-
treffend ein Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellun-
g und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxin-
waffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen samt Vorbehalt der
Republik Österreich, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 27. März 1973

P o l s t e r
Berichterstatter

Dr. R e i c h l
Obmannstellvertreter